wieder erreicht. Der „Zuwachs" ist aber ganz ungleich. In den Kreisen, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen übergegangen sind, haben wir trotz starken Zuwachs die Mitgliederzahl von 1914 noch lange nicht erreicht. Das gilt insbesondere für Groß-Berlin, wo wir jetzt über rund 50 000 Mitglieder verfügen gegen 121 000 im Jahre 1914. Aehnlich liegen die Dinge in den Bezirken Halle, Leipzig, Braunschweig, Erfurt. Dagegen sind in andern Bezirken mit überwiegend kleinstädtischer und ländlicher Bevölkerung die Mitgliederzahlen gewaltig gestiegen: In Ostpreußen von 1048 im Jahre 1914 auf 2381 im Jahre 1919. Ebenso erfreulich ist die Steigerung in Pommern. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gewachsen, sie betrug am 31. März 1914 174 764, am 31. März 1918 70 825 und am 31. März 1919 206 354. Es ist dies

die höchste Mitgliederzahl an Frauen,

die wir je gehabt haben. Diesem Zustrom neuer Massen stehen auch neue Anforderungen gegenüber. Mit den bisherigen Mitteln der Zahlabende und Mitgliederversammlungen kommen wir nicht aus, es muß mehr geschehen, um die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln. Die Unabhängigen sprechen von einer Massenflucht. Das ist falsch. Richtig ist nur, daß ein Zug nach links durch die Massen geht und daß, ebenso wie die Mitglieder von uns zu den Unabhängigen, Mitglieder von den Unabhängigen zu den Kommunisten gehen. (Sehr richtig!) Die Abgänge werden durch neue Beitritte ausgeglichen. Für die durch Uebernahme aller möglichen Aemter der Agitation entzogenen Kräfte muß Ersatz geschaffen werden. Bei unsern Mitgliedern muß wieder die alte Opferwilligkeit Platz greifen. Mit den bisherigen Beiträgen kommen wir nicht aus. Eine starke Erhöhung ist notwendig. Bei den Wahlen hatten wir gewaltige Erfolge, die Zahlen der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landesversammlungen sind bekannt, aber auch bei den Gemeindewahlen ist die Zahl unserer Vertreter gewaltig gestiegen. In 147 Städten stieg die Zahl der Stadtverordneten von 2700 auf 7200, und in 3082 Landgemeinden mit 9039 sozialdemokratischen Gemeindevertretern auf 18 569 Gemeindevertreter. 1914 hatten wir in 60 Städten 154 Magistratsmitglieder, jetzt in 212 Städten 448. Dabei fehlen uns noch aus fast der Hälfte der Wahlkreise die genauen Angaben. Auch der Parteipresse hat die Revolution

einen sprunghaften Aufschwung

gebracht, der noch größer gewesen wäre, wenn nicht Papiernot und andere äußere Umstände das gehindert hätten. Die 74 Parteizeitungen hatten am 31. März 1915 847 800 Abonnenten, am 31. März 1919 aber 1 706 227 entsprechend der Ausdehnung und politischen Bedeutung unserer Partei. Es sind an vielen Orten neue Gründungen im Gange, die wir nach Kräften fördern. Wenig erfreulich sind die Kassenverhältnisse. Der Krieg hat unsere Finanzen schwer mitgenommen. Wir haben in den letzten sechs Jahren — schon das letzte Jahr vor dem Kriege hatte ein erhebliches Manko — 1½ Millionen Mark dem Parteivermögen entnommen. Erst das letzte Jahr weist trotz der hohen Wahlkosten eine Besserung auf. Stark gestiegen sind die Einnahmen aus Beiträgen und Ueberschüssen der Parteigeschäfte, gestiegen sind die Rückzahlungen aus Vorschüssen auf die sonstigen Betriebe. Bei den Ausgaben wurde während des Krieges stark gespart am Bildungswesen und dem Preßbureaus. Hier wird jetzt ein Aufbau dringend notwendig. Die Wahlzuschüsse der Partei betrugen diesmal nur die Hälfte von 1912 und erreichen nicht ½ Million. Eine neue Einnahme für die Parteikasse sieht das Statut in der Bestimmung vor, daß 20 Proz. der Ueberschüsse der Parteigeschäfte an die Hauptkasse abzuführen sind. Die Gehälter unsrer Angestellten blieben trotz vielfacher Teuerungszulagen hinter dem Einkommen weiter Arbeiterkreise zurück. Ein Ausgleich ist unvermeidlich. Auch meine Berichte zeigen Ihnen die ganze Schwierigkeit der Lage der Partei. Wir haben während des Krieges das beste Gut des deutschen Proletariats verloren, die Einigkeit. Dunkel und trübe ist die Zukunft unsres Volkes, aber wie es auch kommt, eine straffe, leistungsfähige Organisation wird die Partei niemals entbehren können. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht über Bildungs- und Jugendarbeit erstattet

Heinrich Schulz:

Mit Beginn des Krieges wurden uns Lehrer und Massen in Haufen entzogen, das Bildungswesen stockte ganz, die Jugendarbeit erlitt eine große Störung. Die Revolution führte uns mit einem Schlage Millionen neuer gefühlsmäßiger Anhänger zu. Um sie zu bilden, fehlten Menschen und Zeit. Die revolutionären Ereignisse überstürzten sich. Erst am 23. März konnte der Parteivorstand ein kulturpolitisches Ressort schaffen unter Heranziehung sachlich geschulter Hilfskräfte. So schufen wir zunächst für die Bildungsarbeit ein Mitteilungsblatt, in dem wir die neuen Methoden der Bildungsarbeiten darlegten. Wir haben durch die Revolution insbesondere zahlreiche Akademiker gewonnen, die wir mit großer Freude begrüßen. Für sie brauchen wir besonders Schulen und Kurse zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, damit sie ihrerseits wieder lehren können. Aber auch die gesamte Partei muß sich gründlich auf den neuen Zustand einstellen. Unsre Bildungsbestrebungen scheint mir die folgende Resolution Dittmer und Genossen glücklich zusammenzufassen:

„Der starke Zustrom neuer Anhänger, den die Novemberrevolution der Partei gebracht hat, und die Fülle neuer Aufgaben und Verpflichtungen, die die Demokratisierung und Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland den Parteigenossen auferlegt, machen eine Neuorganisierung und Vertiefung unsres Bildungswesens zur dringenden Notwendigkeit. Mehr als früher muß die Einführung in den Sozialismus als Weltanschauung und in die sozialistische Politik das Kernstück der Bildungsarbeit bilden. Allgemeinbildende Veranstaltungen sind dagegen in erster Linie als öffentliche Pflichten von Reich, Staat und Gemeinden zu verlangen, auch kann sich dabei die Zusammenarbeit mit andern Bildungsorganisationen als zweckmäßig erweisen. (Volkshochschulen, Wandertheater, Kinos und Konzerte.) In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu schaffen, die in engem Zusammenwirken mit der Partei und andern Arbeiterorganisationen das örtliche Bildungswesen zu leiten haben. Innerhalb der einzelnen Bezirke sind Bezirksbildungsausschüsse einzusetzen. Die Spitze des parteigenössischen Bildungswesens bildet der Zentralbildungsausschuß. Die Bildungsarbeit ist überall sofort tatkräftig in die Hand zu nehmen, insbesondere sind Einzelvorträge und Kurse über Geschichte, Theorie und praktische Arbeit der Sozialdemokratie einzurichten. In den einzelnen Bezirken sind im Einvernehmen mit dem Zentralbildungsausschuß und dem Parteivorstand Bezirksparteischulen zu schaffen, für die Genossen als Teilnehmer auszuwählen sind, die sich in besonderem Maße zu Lehrkräften eignen. Zu dem gleichen Zwecke ist auch die baldige Wiedereröffnung der Parteischule in Berlin auf neuer Grundlage ins Auge zu fassen. Die Rückwirkungen der Novemberrevolution auf das geistige Leben der Partei machen es allen Parteigenossen zur ernsten Pflicht, sowohl zur eigenen theoretischen Aufklärung und Festigung als auch zur kritischen und geschaffenden Mitarbeit in der Theorie des Sozialismus mit der grundlegenden wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus sich vertraut zu machen. Zur Einführung sind leichtverständliche Schriften herauszugeben."

Unsre Jugendbewegung litt nach der Revolution neben äußeren Umständen auch unter dem Verlust unsres Genossen Ebert, des Vorsitzenden der Zentralstelle. Erst allmählich kam die Bewegung wieder in Fluß. Zu ihrer Regelung bitten wir Sie um Bestätigung der folgenden Resolution der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, die bereits die Zustimmung des Parteiausschusses und der Organisationskommission gefunden hat:

„Richtlinien für die Jugendbewegung. 1. Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbständigen politischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirklichen Jugendschutz zu fördern. Dagegen ist die Jugendbewegung keine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur. 2. Die Jugend ist allerorts unter Aufhebung der bisherigen Jugendausschüsse in Vereine zusammenzufassen, die sich in Bezirksorganisationen und über das Reich zu einem Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine zusammenschließen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend bildet bis auf weiteres den Hauptvorstand des Verbandes und hat schnellstens Satzungen und einheitliches Verwaltungsmaterial herauszugeben. 3. Da das wahlfähige Alter auf das 20. Lebensjahr festgesetzt ist, ist unsre Jugendarbeit, die die Jugend vom 14. Jahre an umfaßt, bis auf die Altersklasse von 20 Jahren auszudehnen. Besonderes Gewicht ist dabei auf die besondere Organisation und politische Erziehung der älteren Jahrgänge von 17 bis 20 Jahren zu legen. Die Jugendorganisation ist in zwei Altersstufen einzuteilen, und zwar in eine Jugendabteilung für die 14- bis 17jährigen und eine Altersabteilung für die 17- bis 20jährigen. Bei den Mitgliedern der Altersabteilung ist darauf hinzudrängen, daß sie sich den Arbeiterorganisationen anschließen. Die Funktionäre der Altersabteilung müssen Parteimitglieder sein. 4. Die Leitung der Ortsvereine obliegt einem Vorstand, der zur Hälfte aus Jugendlichen beider Abteilungen, die die Jugendlichen selbst wählen, und zur andern Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern gebildet wird. Die gleiche Zusammensetzung gilt für die Bezirksverbände sowie für den Hauptvorstand in Berlin. Bei der Wahl der Erwachsenen sind Genossen und Genossinnen zu bevorzugen, die ersprießliche Befähigung mit besonderem Verständnis für die Jugend und ihre seelische Eigenart verbinden. Um dem Grundsatz der Selbstverwaltung der Jugend zu entsprechen, soll die Leitung der Abteilungen den Jugendlichen möglichst selbst überlassen bleiben. 5. Von den Mitgliedern ist ein regelmäßiger Beitrag zu erheben. Für Mitglieder der Jugendvereine, die der Parteiorganisation angehören, gelten die bezüglichen Bestimmungen in § 4 des Organisationsstatuts der Partei. Für den Beitrag ist den Mitgliedern als Vereinsorgan die „Arbeiterjugend" zu liefern. Um den beiden Abteilungen der Jugendorganisationen gemeinsamen Lesestoff zu bieten, ist die „Arbeiterjugend" auszugestalten und in ihrem Umfang zu erweitern. 6. Der Parteitag legt den Parteiorganisationen sowie allen Parteigenossen und Genossinnen die dringende Verpflichtung auf, die erwachsenen Arbeiter in nachhaltiger Weise über Wert und Bedeutung der Jugendbewegung aufzuklären und zur Förderung der Jugendarbeit die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen."

Heinrich Schulz.

Danach soll unsre Jugendbewegung auch in Zukunft keine Rekrutenschule der Partei sein, obwohl alle äußeren Hindernisse dagegen gefallen sind. Die Jugendbewegung bleibt weiter wesentlich Sache der Erziehung, nicht der Politik. Dabei wird die Selbsterziehung immer mehr das entscheidende Prinzip. Auf die Mithilfe der Bewegung soll keineswegs verzichtet werden, aber diese Hilfe darf nicht aufdringlich und auf Dank berechnet sein, sie muß stets nur um der Jugend und der Sache willen geleistet werden. Der Jugend muß der Gedanke des Sozialismus als Weltanschauung und höchstgestaltendes Prinzip der Zukunft nahegebracht werden. Alle jugendlichen sollen vereinsmäßig zusammengefaßt werden und die Vereine den Verband der Arbeiterjugendvereine bilden. Sie sollen alle Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren umfassen in zwei Abteilungen von 14 bis 17 und 17 bis 20 Jahren. Erst mit 20 Jahren soll der Zwang zur Organisation einsetzen. Bis dahin muß für Bildung und Erziehung der Jugend genügend gesorgt sein.

•

Aussprache über die politische Lage.

(Eigenbericht.)

Weimar, 12. Juni.

Heinrich Schulz erklärte in seinem Bericht über die Bildungs- und Jugendfragen weiterhin, unsre Jugend habe durch den Krieg körperlich und sittlich schwer gelitten. Es müsse alles daran gesetzt werden, sie wieder emporzuheben. Die sozialdemokratischen Lehrer sollen sich selbstverständlich den parteilichen Lehrerverbänden anschließen. Aber daneben sollen sie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer angehören, als einer Zusammenfassung von Parteigenossen, die sich für bestimmte Aufgaben besonders eignen. Besonders wichtig ist das für die Landlehrer; ihnen muß die Arbeitsgemeinschaft eine Stütze sein.

Adolf Braun erstattet den Pressebericht. 24 neue Parteizeitungen wurden gegründet, so daß die Partei jetzt über 55 Tageszeitungen mit rund 2 Millionen Lesern verfügt. Gegen das Vorjahr ist das zwar eine Steigerung von über 100 Prozent, aber im Vergleich zur Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen noch viel zu gering. Unter den jetzigen Schwierigkeiten leidet die sozialdemokratische Presse nicht als jede andre. Die Partei muß daher eine Besserung des jetzigen, schreiend ungerechten Papierverteilungsschlüssels verlangen. Redner macht Vorschläge für eine bessere Ausgestaltung der Parteipresse und wendet sich gegen leichtfertige Neugründungen. Für die Aussprache über den Vorstandsbericht haben sich über 70 Redner gemeldet.

Groger, Frankfurt a. M.: Vorstand und Regierung haben vielfach die Massenstimmung nicht beachtet. Die einzige große deutsche Republik ist an dem Kantönligeist der Einzelstaaten gescheitert. Besonders die unglückliche Politik des preußischen Ministeriums des Innern hat uns unendlich geschadet. Wir haben eine Karikatur der Demokratie, die ein hohes Maß von Groll bei unsern Anhängern erzeugt hat. Wir haben vielfach die Mehrheit, haben aber nichts zu sagen. Die alte Landratsherrschaft ist geblieben und es ist höchste Zeit, daß sie zum Teufel gejagt wird. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden, damit wir endlich wahre Demokratie bekommen. Unsre Mitglieder in der Regierung sind und bleiben nur der Partei verantwortlich.

Landrichter Grell verliest eine längere Abhandlung über die psychologische Notwendigkeit des Sozialismus in diesem Augenblick. Denn durch revolutionäre Zuckungen gestörten Kapitalismus wird der Sozialismus trotz wirtschaftlicher Unterlegenheit siegen.

Leuteritz, Hamburg: Ohne Führer, ohne Aufforderung haben die deutschen Arbeiter in der revolutionären Zeit vor allem die Freiheit und Gleichheit gegen den Terror geschützt. Jetzt muß die Demokratie auch in der Verwaltung durchgeführt werden.

Adolf Braun, Nürnberg, begründet den Einigungsantrag. Die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, haben keinen Grund mehr zum Streit. Der 4. August kann vergessen sein. Der 9. November ist die neue Grundlage der Partei. Aber trotzdem sind meine Hoffnungen heute gering. Die U. S. P. hat die Beschickung des Einigungskongresses abgelehnt. Mit den Kommunisten können wir uns nicht einigen. Sie machen sich nicht frei von dem lumpenproletarischen Gesindel, und die Unabhängigen sind nur die Heloten der Kommunisten. Aber trotzdem schlägt unsre Herzen die große Sehnsucht nach Einigung.

Dittmer, Berlin: Wir wollen lieber hier stärker kritisieren, als in der Provinz manscher Abbröckelungen haben. Die Unabhängigen treiben wüsten Terrorismus und handeln ganz verantwortungslos. Aber wir müssen sie zu erziehen suchen. Es fehlt uns an der nötigen geistigen Aktivität. Unsre Minister müssen sämtlich darauf verpflichtet werden gründliche Umgestaltungen in kürzester Frist herbeizuführen. (Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Davidsohn: Die Massen fordern die Einigung, die an den Führern nicht scheitern darf. Niemand darf am Amte kleben. Das muß sich jeder gesagt sein lassen, dem es unrecht. Wenn es heißt: Noske oder die Partei, dann muß Noske eben gehen. An dem Erfurter Programm halten wir fest. Aber es muß durchgeführt werden. Das geschieht nicht immer und daher die Unzufriedenheit. Auf vielen Gebieten herrscht noch das alte System. Es fehlt nur noch der Ebert-Eden. (Unruhe.) Gewiß darf sich die Sozialdemokratie nicht von der Arbeiterschaft trennen, aber umgekehrt darf sich die Arbeiterschaft auch nicht von der Sozialdemokratie trennen. (Beifall.)

Noske über die Freiwilligen.

Noske: Im Aemtern wird nicht gekniet, wohl aber wird nach Aemtern gekrochen. Darüber haben sich Bücher schreiben lassen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter ist zu verstehen, aber die wirtschaftlichen Ergebnisse der Revolution seien mir einmal in wenigen Worten gestattet. Politisch ist Ungeheures erreicht. Vor unerfüllbaren Forderungen müssen wir uns hüten, denn Deutschland ist dankrott. Wir sparen, wo wir können. Aber welche Gehälter sollen gekürzt werden? Wir können doch die Ministergehälter nicht schlechter bezahlen als die Portiers? Von den Waffen im politischen Kampfe hat die Gegenseite zuerst Gebrauch gemacht. Unsre Leute müssen Kampftage zeigen und dürfen sich nicht von den Unabhängigen ins Bockshorn jagen lassen. Ich stehe hier nicht als Angeklagter, aber behaupten lassen, daß viele Genossen im Lande mir in den Rücken gefallen sind, ist eine Gemeinheit. Bei den Freiwilligen sind gewiß böse Dinge vorgekommen. Aber die Truppe ist immer besser geworden und wir sind ihr zu hohem Dank verpflichtet, denn sie hat uns vor dem Chaos gerettet. Ich habe rechtzeitig zugeschlagen und dafür werde ich als „Bluthund" durch die deutsche Revolution geschleift. Damals brannte uns die Not auf den Nägeln, und ich mußte Negimenter aus dem Boden stampfen. Nach dem Mitgliedsbuch konnte ich damals nicht fragen. Ich war froh, daß sich überhaupt jemand meldete. Wäre das Zuschlagen nicht erfolgt, hätten wir keine Nationalversammlung bekommen und würden diesen Parteitag nicht abhalten. (Sehr richtig!) Wenn Auer niedergeschossen wird und der Mordbube noch heute frei herumläuft, wenn die Gefängnisse Schwerverbrecher auf die Straße gegeifert und wenn Keuring hingeschlachtet wird, lassen werden und wenn Keuring hingeschlachtet wird, so verstummt die Entrüstung nach wenigen Tagen. Als aber Vogel und Marloh flohen, konnten unsre Arbeitstreue 14 Tage lang nicht schlafen.

Nach vier Jahren Krieg und nach einer Revolution kann man aus einem Sauladen nicht sofort ein Gemisch von sozialdemokratischen Parteischüler und einen Erzengel machen. (Heiterkeit.) Greifen wir einmal kräftig zu, so wird über das militärische System Peter und Murdio existieren. Man glaube nicht alles, was über die Freiwilligen berichtet wird. Sie führen tatsächlich kein Schlemmerleben. Sie haben es auch nicht nötig, sich von jedem dummen Jungen beschimpfen und bespucken zu lassen. Die Militärjustiz wird restlos aufgehoben werden. Den Wert der Freiwilligen erkennen jetzt auch die Unabhängigen.

Der frühere Volksbeauftragte Barth hat mit dem Führer der Gardekavallerie-Schützendivision am letzten Sonnabend drei Stunden lang verhandelt, um ihn davon zu überzeugen, daß er mit seiner Truppe den Unabhängigen dienen müsse, wenn demnächst die Regierung gestürzt würde. Er hat offenbar zu seinen Pistolen kein rechtes Zutrauen mehr. Es gelüstet ihn nach meinen Kanonen. (Hört, hört! und große Heiterkeit.)

Wir sollten uns von den Unabhängigen an politischer Einsicht nicht allzu sehr übertreffen lassen. Noch sind wir im Amt, nicht weil es uns Vergnügen macht, sondern weil wir die Hoffnung haben, Deutschland und das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen und deshalb harren wir aus! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Stelling, Lübeck: Ich war ein Gegner von Noske, aber was er gesagt, ist absolut stichhaltig. Die Regierung konnte keinen andern Weg gehen, nur sollten Ungeheuerlichkeiten beseitigt werden. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden. Rasche Demokratisierung der Verwaltung ist notwendig. Eines müssen wir unsern Ministern zuerkennen, den ernsten Willen, Deutschland nach besten Kräften zu stärken. (Beifall.)

Pahl, Ludwigshafen: Die große Unzufriedenheit besteht bei denen, die erst im November in die Partei eingetreten sind. Einige wollten für 15 Pfennig Wochenbeitrag gleich ein Ministeramt haben. Die Demokratisierung aber könnte rascher vor sich gehen.

Stubbe, Hamburg: Die Unzufriedenheit in den Massen ist groß, weil die Hoffnungen nicht erfüllt wurden, die die Revolution erweckt hat. Wir hätten längst in bürgerliche Regierungen eintreten müssen, um das Regieren kennen zu lernen.

Franz, Waldenburg: Wir brauchen ganz andre Taten auf beiden Seiten. Unsre Politik müssen wir restlos auf unser Programm einstellen. Wie konnte danach ein Todesurteil bestätigt werden! Wir sehen zu wenig sozialistische Taten. Die Regierung kann sich selbst schützen, wenn sie Taten vollbringt, die das Proletariat versteht.

Schiller, Hamburg: Auch bei uns herrscht in der Partei Unzufriedenheit. Ich erkenne die Arbeit unsrer Minister durchaus an, aber es fehlt an der Initiative. Die Revolution entsprang leider der Verzweiflung, dem Hunger und dem Haß gegen den Militarismus, nicht der großen Leidenschaft für den Sozialismus. Die alte Geheimratswirtschaft besteht noch fort und stellt uns fortwährend bloß. (Zustimmung.)

Emmel, Apolda: Die Einigungsverhandlungen darf nicht der Parteivorstand führen. Für sie muß eine besondere Kommission eingesetzt werden. Bei der Forderung eines Großindustriellen hört Spartakus ängstlich an den alten Grenzen fest, die aus den bekannten Gründen festgesetzt sind. Die Exmission für die vertriebenen Elsaß-Lothringer ist völlig ungenügend. Die Geheimratswirtschaft ist ein Skandal. Viele Geheimräte werden geradezu Tabulage.

Sorich, Breslau: Das Mißtrauen der Genossen gegen den Parteivorstand und die neue Regierung sitzt tief. Was hat man alles versprochen und wie wenig ist durchgeführt! Die Kapitalisten vorsehen auf dem Lande sind noch die alte reaktionäre Masse. Unsre Minister haben Angst vor der eigenen Courage. Wenn wir nicht genügend Landräte haben, so müssen wir sie wenigstens kontrollieren. Wenn Noske uns keinen neuen Geist bringen kann, soll er abtreten, und wenn die Ministerialdirektoren und Geheimräte den neuen Geist nicht hereinlassen, soll er sie zum Teufel jagen. Wir verlangen sozialdemokratische Politik und keine Länger- und Völkerpolitik. (Beifall.)

Heines Rede.

Heine: Ich habe mein Amt wider Willen angenommen, weil mich die Fraktion der Landesversammlung dazu zwang. Gewiß geht die Demokratisierung nicht genug vorwärts. Aber die Schuld liegt nicht an der preußischen Regierung. Ich habe ein umfangreiches Programm aufgestellt, das von den Fraktionen des Rätekongresses und der Landesversammlung gebilligt worden ist, aber solche Mäzenarbeit läßt sich nicht im Handumdrehen durchführen. Ich warne dringend vor Ueberstürzung und schlußriger Arbeit. Vieles muß geändert werden, aber dazu gehört Sorgfalt und Konzentration, sonst kommt nichts dabei heraus. Denn zur Personenfrage. Man würde bei Ueberstürzungen die ganze Lebensmittelversorgung in Frage stellen. (Widerspruch.) Man kann auch hier nicht im Eilzugstempo vorgehen. Die Konservativen nennen mich den preußischen Landratsschützer hingestellt. Ich als reaktionärer Landratsschützer hingestellt. Wo Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, bitte ich um Beschwerden. Bisher habe ich im ganzen acht Beschwerden erhalten. Unsre Parteifreunde müssen selbst demokratische Politik machen, denn nur Unterdrückung kann von oben kommen, Freiheit kommt von unten. Jede Beschwerde wird nachgeprüft. Wo wir die Mehrheit nicht haben, müssen wir um sie kämpfen. So geht es nicht, wie mir ein Genosse schrieb: Die Demokratisierung müsse sehr gut, wenn wir wieder die Mehrheit hätten. (Heiterkeit.) Die Demokratie gilt auch für die andern. Die Regierung mit den Volksgenossen zum Verantwortlichkeitsgefühl erziehen. Ich habe mich nicht zu dem Ministeramt gedrängt und arbeite im schnellsten Tempo. Aber ich lasse nicht auf mir herumprügeln! Dann suchen Sie sich einen andern. (Beifall.)

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß auf dem Parteitag 434 Mitglieder anwesend sind, davon 370 Delegierte, 43 Vorgeschlagene, 7 Mitglieder des Parteivorstands, 5 der Kontrollkommission, ein Referent und je ein Vertreter des Vorwärts und der Neuen Zeit und der Organisationskommission. Unter den Delegierten befinden sich 45 Frauen. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt. Ein Telegramm aus Oberschlesien protestiert gegen jede Lostrennung dieses Gebiets vom Deutschland. (Beifall.)

Die Donnerstagsitzung beginnt mit den Reden Scheidemanns und Eduard Bernsteins über die Aufgaben der Partei in der Republik und die auswärtige Politik.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190612/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG